

Informationsdienst des CGB

INTERN

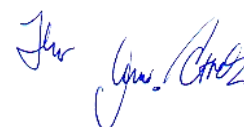
Ausgabe Juni 2006

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Frage, ob die Einheitsgewerkschaft das richtige Modell ist, oder nicht, diese Frage wird nun seit gut sechzig Jahren kontrovers diskutiert. Gerade unter den „Christlich-Sozialen“ hat es seit jeher unterschiedliche Positionen gegeben. In den vergangenen Wochen hat er neue Höhepunkte erreicht. Der CGB muss Sorge haben, dass eine Umarmung der Christsozialen in der CDU durch den Deutschen Gewerkschaftsbund erfolgt, nachdem mit Ingrid Sehrbrock eine der ihren zur Stellvertreterin von Michael Sommer gewählt wurde. Der Empfang zum 60. Geburtstag der CDA verstärkt diesen Eindruck (siehe Artikel in dieser Ausgabe).

Umgekehrt hat der CGB deutliche und prominente Zusprüche erhalten. Die CGM konnte auf einer Betriebsrätekonferenz in Eisenach Ministerpräsident Dieter Althaus begrüßen. Dieser erklärte in seinem Grußwort, ich zitiere: „Es war der größte Fehler, auf die Einheitsgewerkschaft zu setzen und die Pluralität der Gewerkschaften aufzugeben.“ Althaus weiß, wovon er spricht, schließlich ist er in Einheitsstrukturen der DDR groß geworden. Und auch Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutsche Arbeitgeberverbände (BDA), äußerte ungewöhnlich deutlich, wie wichtig Gewerkschaftspluralismus ist. In seinem Grußwort auf dem Sommerfest des CGB-Tarifpartners AMP stellte er klar, dass die erfolgreiche Tarifpolitik mit den Christlichen Gewerkschaften Motor für eine moderne Tariflandschaft in Deutschland sei. Es wäre schön, wenn Christsoziale in der CDU solche Worte zum Vorbild nehmen und den wahren Gewerkschaftspluralismus fördern.

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Christlicher Gewerkschaftsbund beteiligt sich am Katholikentag

Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands beteiligte sich aktiv am 96. Deutschen Katholikentag in Saarbrücken, der unter dem Motto stand „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht.“ Besonders in der Arbeitswelt stellt sich heute die Frage der Gerechtigkeit neu. Viele Unternehmen stehen unter einem wirtschaftlichen Druck, der sich aus unregelmäßigen und ungezügelter Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten ergeben. Dieser enorme Druck wird auf die Arbeitnehmer weitergeleitet. Dabei bleibt die Gerechtigkeit häufig auf der Strecke.

„Für mehr Gerechtigkeit am Arbeitsplatz“, so hieß dann auch das Motto, mit dem sich der CGB auf seinem Infostand beschäftigte. Gerechte Entlohnung ist genau so wichtig, wie gerechte Arbeitszeiten oder der notwendige Schutz vor willkürlicher Kündigung. Dies hat heute genau so viel Gültigkeit wie vor einhundert Jahren. Dafür lohnt es sich auch heute noch zu kämpfen.

Die Federführung für die Gestaltung des Informationsstandes lag bei der Mitgliedsgewerkschaft VkdL. Deshalb widmete sich ein zweiter

Themenschwerpunkt den Fragen der Wertevermittlung und der Bildung in deutschen Schulen. Gerade in den Schulen ist es wichtig, dass christliche Werte an die Schüler weitergegeben werden. Aber auch die Familienpolitik und Erziehung muss sich stärker denn je an den Wertvorstellungen der christlichen Soziallehre orientieren.

Unter den prominenten Besuchern des Informationsstandes fanden sich unter anderen der Bischof des Ruhrbistums in Essen Dr. Felix Genn und der langjährige Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und bayerischer Kultusminister a.D. Prof. Hans Maier.



Aus den Gewerkschaften

Gespräch zwischen Vertretern des CGB und der FDP

Berlin – Auf Einladung des FDP-Generalsekretärs Dirk Niebel fand am 31. Mai 2006 im Deutschen Bundestag mit Vertretern des CGB ein Gespräch statt. Neben Niebel nahmen von Seiten der FDP der sozialpolitische Sprecher Dr. Heinrich L. Kolb und Frau Schäfer teil. Der CGB war vertreten durch seinen Generalsekretär Gunter Smits, Bundesvorstandsmitglied Martin Stock und die Fachreferentin des CGB Anne Kiesow.

Obgleich auf den ersten Anschein die „Welten“ zwischen Gewerkschaften und Liberalen groß sein sollten, wurde dennoch deutlich, dass in bestimmten Positionen eine hohe Übereinstimmung zwischen FDP und CGB besteht. So ist zuerst die gemeinsame Grundüberzeugung in der Ablehnung von Machtkartellen und monopolistischen Strukturen zu nennen. Aktuell zeigt sich diese bei der Diskussion um eine Änderung des Arbeitnehmerentwengesetzes. Die zur Diskussion stehende Ausweitung wird für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Verbesserung bringen. Sie ist nach Überzeugung beider Seiten ausschließlich Ausdruck des Monopolanspruches der DGB-Gewerkschaften, mittels gesetzlicher Vorgaben das eigene Unvermögen zu vertuschen und die ungeliebte Konkurrenz auszuschalten. Das Gleiche gilt für die Diskussionen zu einem gesetzlichen Mindestlohn.

Übereinstimmend kritisierten beide Seiten die Reform der Bundesagentur für Arbeit. In weiten Teilen sind die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten einfach gescheitert. Hartz IV ist zur Kostenbelastung ohne Effekt geworden, Förderung findet praktisch nicht mehr statt, Qualifizierung ist unter dem Kostendruck zur statistischen Farce degeneriert.

Fazit: Die große Koalition hat sich in wichtigen Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mehr denn je den einflussreichen Interessensgruppen aus dem Bereich der DGB-Gewerkschaften gebeugt und sich um des „lieben Friedens willen“ zu halbherzigen Entscheidungen und Kompromissen verführen lassen, die für die Wirtschaft wie für die Beschäftigten kontraproduktiv wirken. Vereinbart wurde, den begonnenen partnerschaftlichen Dialog fortzusetzen und konkrete Zusammenarbeit zu pflegen, wo gemeinsame Interessen bestehen.

Termine * Termine * Termine

14. – 18. Juni 2006	110. Bundeshauptversammlung des VkdL in Schmochtitz
27.09. –30.09.2006	ADM Bundesverbandstag in Hameln
28.09.-09.09.2006	CGPT-Hauptvorstandssitzung
20.10.-22.10.2006	Seminar des Arbeitnehmerzentrums Königswinter in Zusammenarbeit der CGB-AG in der CDA
27.10.-29.10.2006	DHV-Verbandstag in Saarlouis

Aufsichtsratswahlen DATEV und Wüstenrot & Württembergische: DHV-Erfolgsserie setzt sich fort

Die Erfolgsserie des DHV-Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes im CGB hat sich auch bei den jüngsten Aufsichtsratswahlen bei der DATEV eG und der Wüstenrot & Württembergische AG fortgesetzt.

So konnte der DHV bei der DATEV eG mit 78,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen sein hervorragendes Ergebnis von 2002 (72,1 Prozent) sogar noch verbessern. Ausgezeichnete Ergebnisse erzielte der DHV auch bei der Wüstenrot & Württembergische AG. Dort kam der DHV auf 43,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und steigerte sein Ergebnis im Vergleich zu den letzten Wahlen deutlich um 8,7 Prozent.

Die Erfolge zeigen die hohe Akzeptanz des DHV bei den Beschäftigten der mitbestimmten Unternehmen. Denn: Mitbestimmung bedeutet Selbstbestimmung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nicht Fremdbestimmung durch eine Gewerkschaftszentrale!

CGPT - Wahlerfolg bei Aufsichtsratswahlen!

Fast 80 % der Wählerstimmen erhielt die Liste der CGPT bei der Wahl der Arbeitnehmer-Gewerkschaftsvertreter für den Aufsichtsrat der Telegate AG. Damit stellt die CGPT hier beide Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat.

Gewählt wurden die Betriebsangehörigen Anett Kaczorak und Silke Lichner. Die CGPT dankt allen Wählerinnen und Wählern für das gezeigte Vertrauen und wünscht beiden Kolleginnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit im Gremium.

Deutsche Leitkultur zu Gast bei Freunden?

Wer zurzeit durch die Straße und Gassen deutscher Städte läuft, muss erstaunt den Kopf von der einen auf die andere Seite drehen. Fast jede Gaststätte, viele Wohnungen, ganz viele Autos tragen die Farben schwarz-rot-gold in welcher Form auch immer. Es bildet sich temporärer Nationalstolz, zumindest für die Zeit der Fußball WM. Ja selbst im rot-grünen Kiez Berlin-Kreuzberg sind die sonst so verpönten Zeichen nationaler Identität überall sichtbar. Aus den heruntergelassenen Fenstern eines 3er-BMWs mit professioneller Tieferlegung und gigantischen Kotflügelverbreiterungen dröhnt ausnahmsweise nicht das dumpfe „Wummern“ überdimensionierter Basslautsprecher, sondern – wie das? – eine zugegebenermaßen etwas „modifizierte“ Version der deutschen Nationalhymne. Nicht nur der rot-weiße Aufkleber nebst Halbmond am getunten Heck deutet darauf hin, dass die Besitzer oder zumindest Fahrzeugführer einen deutlichen morgenländischen Migrationshintergrund inne haben. Wir sind Deutschland, wir sind Papst und heute Abend gewinnen selbstverständlich „WIR“. Könnte das nicht irgendwie immer so sein, dass wir „WIR“ sind. Leider wird spätestens nach der ersten Niederlage der deutschen Nationalmannschaft (Gott bewahre) dieser „WIR -Traum“ durch die Feststellung beendet: „DIE“ haben aber Mist gespielt. „DIE“ lernen es wohl nie!!

Martin Stock

Forum für Humane Mobilität Chancen für die Zukunft

Der Wettbewerb auf dem Verkehrsmarkt hat über alle Branchen hinweg bedrohliche Ausmaße angenommen. Durch Ausgliederungen, Betriebverlagerungen und die damit verbundene Tariffucht der Unternehmen werden die Kolleginnen und Kollegen immer mehr zum „Humankapital“. Es zählt lediglich der höchstmögliche zu erzielende Nutzen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Human ist da nichts mehr. Alle bisher durch die Gewerkschaften erreichten Regelungen zu einer menschlichen Gestaltung der Arbeit werden schlichtweg über Bord geworfen.

Um dieser Entwicklung zu begegnen wurde bereits im Dezember 2005 von der Gewerkschaft Transnet das „Forum für humane Mobilität“ initiiert. Beteiligt daran sind fast alle Gewerkschaften aus Deutschland, die auf dem Verkehrssektor tätig sind. Aus dem CGB sind dies die GÖD, die CGPT und die KFG. Ziel dieses Forums ist es, unabhängig von inhaltlichen Unterschieden und Konkurrenzen der Gewerkschaften untereinander, die öffentliche, aber auch die politische Meinung durch gemeinsam ausgearbeitete Positionen für menschliche Arbeitsbedingungen zu sensibilisieren.

Am 1. Mai 2006 wurde dazu eine Verfahrensregelung durch die Bundesvorsitzenden der beteiligten Gewerkschaften unterzeichnet. Dies ist nach unserer Auffassung ein erster Schritt in die richtige Richtung und bietet allen Beschäftigten des Sektors die Chance, über ihre jeweilige Gewerkschaft die Meinungsbildung mit zu gestalten und Prozesse entsprechend zu begleiten. Damit wird die Möglichkeit geschaffen auch der Politik nach Kassenlage geschlossen entgegen zu treten.

Es ist ebenfalls unverantwortlich, dass beispielsweise Aktienwerte durch die Ankündigung von Massenentlassungen positiv beeinflusst werden. Hier ist schnelles Handeln durch die Politik dringend gefragt. Es ist auch ein Trugschluss, dass alleine Privatisierung Arbeitsplätze schafft und Einkommen sichert. Sinkende Einkommen der Beschäftigten werden im Ergebnis herauskommen und die können niemanden zu einer qualitativ hochwertigen Arbeit motivieren. Das wiederum führt logischerweise zu Qualitätsverlusten bei den Verkehrsdienstleistungen zu Lande zu Wasser und in der Luft.

Letztendlich muss auch gemeinsam verhindert werden, dass durch politische Maßnahmen die Tarifverträge unterwandert werden können. Die Tarifabschlüsse der vergangenen Zeit haben bewiesen, dass wir in der Lage sind flexibel auf bestimmte Umstände zu reagieren. Wir sind aber keinesfalls diejenigen, die die Fehler der Politik durch Tarifverträge regulieren können, im Gegenteil. Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass für jeden genug Raum zum Leben bleibt. Das wäre ein Beweis für humanes Handeln des Staates.

Wolfgang Schneider, GÖD Berlin-Brandenburg

Rechtliches:

BVerfG: Berücksichtigung des Mutterschutzes in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung

Zeiten des Mutterschutzes müssen bei der Berechnung der Anwartschaftszeit in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden. Die Nichtberücksichtigung dieser Zeiten ist mit Art. 6 Abs. 4 GG (Schutz- und Fürsorgeanspruch der Mutter) nicht vereinbar, entschied der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts anlässlich einer Vorlage durch das Bundessozialgericht.

Nach dem vom 1. Januar 1998 bis zum 31. Dezember 2002 geltenden Recht wurden Zeiten, in denen Frauen wegen der mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverbote ihre versicherungspflichtige Beschäftigung unterbrachen, bei der Berechnung der Anwartschaftszeit in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung nicht berücksichtigt.

Rechtlicher Hintergrund: Nach dem Mutterschutzgesetz dürfen Frauen, die den Schutz des Gesetzes genießen, sechs Wochen vor und acht Wochen nach der

Form des Mutterschaftsgeldes und eines Zuschusses zum Mutterschaftsgeld durch den Arbeitgeber in Anknüpfung an die Höhe ihres Arbeitsentgelts. Voraussetzung für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld ist die Erfüllung der Anwartschaftszeit. Nach der gesetzlichen Regelung hat die Anwartschaftszeit erfüllt, wer in den letzten drei Jahren („Rahmenfrist“) vor der Arbeitslosmeldung und der eingetretenen Arbeitslosigkeit mindestens zwölf Monate in einem Versicherungspflichtverhältnis gestanden hat.

Untersagt der Gesetzgeber – wie in den Regelungen zum Mutterschutzgesetz – der Frau für eine bestimmte Zeit vor oder nach der Geburt eines Kindes die Fortsetzung oder Wiederaufnahme ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigung, so ist er auf Grund seines Schutzauftrages aus Art. 6 Abs. 4 GG gehalten, die sich aus diesem Verbot unmittelbar ergebenden sozialrechtlichen Nachteile soweit wie möglich auszugleichen. Denn sonst bliebe der mit den Beschäftigungsverboten angestrebte Schutz von Mutter und Kind unvollständig.

Dem Gesetzgeber wurde aufgegeben, bis zum 31. März 2007 für den betroffenen Zeitraum eine verfassungsgemäße Regelung zu treffen.

Entbindung nicht beschäftigt werden. Sie erhalten für die Dauer der Beschäftigungsverbote Lohnersatz in der

BVerfG v. 28.03.2006 – 1BvL 10/01

CDA feiert 60. Geburtstag

Ein kritischer Blick zurück nach Köln von Martin Stock - CGB-Bundesvorstand

Köln – Großer Bahnhof war am 13. Mai 2006 im Deutschen Sport und im Olympia Museum. Das aufgebaute Festzelt war voll. Viele wichtige Menschen mit Rang und Namen kamen zur CDA, um zum 60. Geburtstag zu gratulieren.

Von Angela Merkel, über Jürgen Rüttgers bis Michael Sommer, altgediente CDA-ler wie Norbert Blüm, Heiner Geißler, Werner Schreiber oder Hejo Ahrens ebenso wie die aktiven um Karl-Josef Laumann folgten der Einladung nach Köln.

Es beeindruckte der ökumenische Gottesdienst zu Beginn der Feier, unter anderem celebriert von Weihbischof Franz Grave aus dem Bistum Essen und Präses Nikolaus Schneider für die evangelische Kirche. Letzterer hatte (nicht nur) an diesem Tage auch in Köln etwas zu sagen, obgleich er aus der „konkurrierenden Stadt“ Düsseldorf kommt.

Randerscheinung: Am anderen Rheinufer fand eine Kundgebung von verdi statt. Erstaunlich: Wie so wenig Menschen so viel Lärm machen können. Aber die Pfeifen und Pressluftpfeifen konnten den bemerkenswerten Verlauf des Gottesdienstes nicht nachhaltig stören. Aber die Situation war schon symbolhaft. Buchstäblich auf der einen Seite lautstarkes Brüllen und monotones Agitieren, auf der anderen Seite Stille, tiefgehende Worte und wohlgestaltete Musik. Nach gut eineinhalb Stunden war der „Spuk“ auf der „Schääl Sick“ vorbei und es kam der große Regen. Trotz all dieser Widrigkeiten muss man den Organisatoren ein Kompliment machen. Die Veranstaltung war gut organisiert.

Ja, auch der CGB wurde – ebenso kurz wie der Deutsche Beamtenbund – mit seinem offiziellen Vertreter begrüßt. Und dann verlief es halt wieder wie immer, wie es auch nicht anders zu erwarten war: Michael Sommer, Jürgen Peters, Frank Bsirske und wie sie sonst noch alle hießen, wurden christlich-sozial umarmt. Dies ist und war nicht schlimm, weil nicht überraschend. Schlimm war vielmehr wieder die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Frage nach der Beziehung zwischen CDU-Sozialausschüssen und Gewerkschaften. Zugegeben, es gab auch einige kritische Worte zur IG Metall oder zu verdi. Letztlich aber war die Front geschlossen zwischen Angela Merkel, Karl-Josef Laumann und Jürgen Rüttgers im plakativen wie platten Bekenntnis zur sog. „Einheitsgewerkschaft = DGB“. Platt deshalb, weil die Auseinandersetzung eben wieder völlig oberflächlich stattfand und mit Begrifflichkeiten hantiert wurde, die letztlich vom Vortragenden zwar verwendet, aber beileibe nicht verstanden worden sein konnten. Verständlich ist es, dass Politiker lieber einen einheitlichen Block vor, hinter oder gegen sich haben, als plurale Strukturen. Damit kann man schon besser umgehen, auch wenn es dem Prinzip der demokratischen Ordnung unseres Systems entgegenläuft. Keiner setzt sich damit auseinander, warum nicht die Einheitskrankenkasse viel stärker wäre, als die vielen Ersatz-, Betriebs-, Innungs- und sonstigen Krankenkassen. Keiner fragt, warum es auch nach der Organisationsreform der

Rentenversicherung de facto immer noch eine Unterscheidung nach Bundes-, Knappschafts- und Länder-Versicherung gibt. War gar doch der Gedanke der SED nicht so verkehrt, denn damit waren doch alle politisch irgendwie einheitlich erfasst, wenn auch gezwungenermaßen?

Damit kein falscher Eindruck entsteht, keiner hat Lobeshymnen auf DBB oder CGB erwartet. Es sei diese Frage längst in der CDA geklärt, hatte Uwe Schummer in einer Talk-Runde am Nachmittag auf meine kritische Nachfrage gesagt, nämlich dass es die „tolerante Entscheidung“ eines jeden selbst sei, wo er sich am besten gewerkschaftlich aufgehoben fühle. Doch selbst wenn diese Frage tatsächlich theoretisch ausdiskutiert sein sollte, der praktische Eindruck spricht eben immer noch eine andere Sprache: Richtig sauer war man, als das eben zitierte kritische Statement zum Verhältnis zwischen CGB und CDA geäußert wurde, und das noch bei einer Feier in aller Öffentlichkeit, ja pfui.

Es sei abschließend die Bemerkung für den interessierten Beobachter erlaubt, wie sehr sich doch einheitsgewerkschaftliches Verständnis auf dem jüngsten DGB-Kongress in Berlin dokumentiert hatte.

Gelassen darf man resümieren, dass die Vertreter der anwesenden politischen Parteien aktuell in ihrer großen „Einheitskoalition“ wohl nicht anders konnten, als auch bei den Gewerkschaften und der CDA den „Einheitstraum zu träumen“. Wenn sie da mal nicht jäh aufwachen.

Alles in allem hat es sich gelohnt, dabei gewesen zu sein, und wenn auch nur um zu zeigen, dass man da ist und da bleibt.

Kurzmeldungen

CGM, DHV und BIGD mit neuer Anschrift

Die Duisburger Geschäftsstelle ist umgezogen. Neue Anschrift ist: Obere Kaiserwerther Str. 56, 47269 Duisburg. Die Telefonnummern haben sich nicht geändert.

Auch ADM mit neuer Anschrift

Der ADM hat ebenfalls eine neue Geschäftsstellenanschrift: Am Pfarrholz 36 a, 33739 Bielefeld, Tel.: 05206/4881 Klaus Gießelmann übernimmt die Geschäftsführung.

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Tel.: 030 / 210 217 – 30

Fax.: 030 / 210 217 – 40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Gunter Smits

Redaktion: Martin Stock, Anne Kiesow, Anja Demuth

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.